

Die Überdehnung eines Begriffs – die Strategie aus Unternehmenssicht

Von *Christoph Zschocke*

Junge Unternehmer kennen ihre Mitverantwortung, die natürlichen Lebensgrundlagen und eine faire Ressourcenausstattung für kommende Generationen zu bewahren. In diesem Sinne hat sich der Bund Junger Unternehmer seit Jahren für eine nachhaltige Entwicklung eingesetzt, insbesondere im Blick auf eine erhöhte Ressourcenproduktivität in den Unternehmen, einen verbesserten Klimaschutz und eine ökologische Steuerreform. Auch haben wir Vorschläge unterbreitet, wie das Nachhaltigkeitsprinzip auf andere Politikfelder übertragen werden kann: kapitalgedeckte Sozialversicherungen, Rückführung der Staatsverschuldung, Vorrang für Bildung und Wissenschaft. Inzwischen hat der Nachhaltigkeitsbegriff aber eine bedenkliche Bedeutungsausweitung erfahren, ja manchmal ist er zu einer Beschwörungsformel degeneriert, die je nach Interessenlage mit verschiedensten Bedeutungen angefüllt werden kann. Dies ist im vorliegenden Entwurf der Fall. Der Begriff ist hier mutiert zu einer Generalformel für die traditionellen Anliegen sozialdemokratischer Parteiprogrammatik, was nicht ausschließt, dass im Einzelnen – nament-

lich im Umwelteil – auch viel Richtiges zu finden ist. Mit Recht wird etwa darauf hingewiesen, dass eine Wirtschafts- und Sozialpolitik auf Kosten der kommenden Generationen, „auf Pump“, die Substanz einer Volkswirtschaft verzehrt.

Aber was wird nicht sonst noch unter dem Thema Nachhaltigkeit subsumiert: Das Thema Kriminalitätsbekämpfung (nicht etwa Umweltkriminalität), der internationale Terrorismus, die Arbeitslosigkeit, Fragen der Schul- und Hochschulorganisation, die Frauenförderung, die Förderung demokratischer Prozesse (auch innerhalb der Unternehmen), usw.

Dies alles wird im Sinne traditioneller Sozialdemokratie behandelt: für mehr Gleichheit, Solidarität, Demokratisierung. Es wird der überkommene Wohlfahrtsstaat als Beitrag zur Nachhaltigkeit verstanden, wenn auch beiläufig die Notwendigkeit von mehr Selbstinitiative zugestanden wird („aktivierender Sozialstaat“). Selbst das Umlageverfahren in den Sozialversicherungen – das von der Hand in den Mund leben – wird als nachhaltig verstanden!

Die fehlende Effizienz unserer staatlich überregulierten Bildungswirtschaft – also die Verschwendung von Ressourcen bei mangelnder Qualität – wird kaum kritisiert. Abgesehen von vorsichtigen

Äußerungen über mehr Wettbewerb und Autonomie der Hochschulen verhält sich dieses Papier zum Bildungswesen konservativ.

Die geplante Rückführung der Nettoneuverschuldung auf Null ist gewiss zu begrüßen – aber mit dieser Programmatik (z.T. neue Sozialprogramme) lässt sie sich nicht erreichen.

Schließen wir positiv: Im ökologischen Teil ist anzuerkennen, dass es keine Vorbehalte gegen marktwirtschaftlich organisierten Umweltschutz gibt. Auch werden die vielen freiwilligen Initiativen von Unternehmen hervorgehoben. Insgesamt ist aber zu fürchten, dass der beträchtliche Aufwand ohne große Wirkung verpuffen wird. Umfangreiche Papiere solcher Art (ca. 270 Seiten) stehen auf Kriegsfuß mit dem Wirtschaftlichkeitsprinzip – und verstoßen insoweit selbst gegen das Prinzip der Nachhaltigkeit.

Der Autor

Dr. Christoph Zschocke ist Bundesvorsitzender des Bundesverbandes Junger Unternehmer (BJU).
Kontakt: Ökotec Management GmbH, Elsenstr. 106, 12435 Berlin. Tel. 030/536397-0, Fax -90, E-mail: c.zschocke@oekotec.de

Rio+10 – nur Schaufenster nationaler Nachhaltigkeit?

Von *Achim Brunnengräber*

Die Bundesregierung hat aus der Rio-Konferenz von 1992 ihre Lehren gezogen. Rio+10 wird nicht als rein staatliches, sondern als breites gesellschaftliches Projekt angesehen. Die Zivilgesellschaft soll intensiv in den Vorbereitungsprozess eingebunden werden. Der neue Politikansatz trug allerdings kaum Früchte. Die Ergebnisse des öffentlichen Dialogs werden im Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie auf ganzen sechs Seiten nach Akteuren sortiert aufgelistet, ohne dass sie systematisch in den Bericht integriert worden wären. Das Papier liest sich über weite Strecken als Regierungsprogramm – und das soll es auch sein: „Nachhaltigkeit ist der rote Faden, der sich durch alle Bereiche unserer Reformpolitik zieht...“, so Hans Martin Bury, der Vorsitzende des Green Cabinet.

Der „deutsche Beitrag zur Rio-Folgekonferenz“ ist dabei nur mäßig mit internationalen Problemen verknüpft. So finden sich bei der Liste der Indikatoren lediglich drei, die eine unmittelbare internationale Dimension aufweisen: Einfuhren

der EU aus Entwicklungsländern, öffentliche und private Entwicklungsausgaben und Emissionen der sechs Treibhausgase des Kyoto-Protokolls.

Der Anspruch, den Entwicklungsländern den ungehinderten Zugang zu den Märkten der Industrieländer zu gewährleisten, ist zwar ehrenwert. Das Treffen der Welthandelsorganisation Ende letzten Jahres (vgl. auch die Nachricht auf S. 2) kann allerdings kaum als der Beginn einer „Entwicklungsrunde“ gewertet werden. Es bleibt auch unklar, wie die weitere Liberalisierung des Weltmarktes ökologisch nachhaltig gestaltet werden soll. Auch der zweite globale Indikator vermag kaum zu überzeugen: Da wird – wie schon seit den 1970er Jahren – konstatiert, dass 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche und private Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit ausgegeben werden müssten. Im Trend aber sind sie rückläufig. 2000 betrug sie gerade noch 0,27 Prozent. Eine Diskussion von Nachhaltigkeitskriterien fehlt zudem.

Da wäre noch die Forderung – etwa von WBGU und Nachhaltigkeitsrat – nach einer Weltumweltorganisation. Im Entwurf wird zurückgerudert: Allenfalls die Aufwertung des Umweltprogramms der Vereinten Nationen wird als politisch durch-

setzbar betrachtet. „Internationale Verantwortung“ will die Bundesregierung aber auf jeden Fall übernehmen. Angesichts der Interventionen der sogenannten Staatengemeinschaft in den Krisenregionen dieser Welt wird der Begriff nun aber völlig inhaltsleer. Kriege sind nun einmal nicht nachhaltig führbar.

Allem Anschein nach hat die Nachhaltigkeitsstrategie ein ganz anderes Ziel. Sie wird zu einer Öffentlichkeitskampagne, durch die die rot-grünen „Reformen“ sozial-ökologisch geschickt vermarktet werden sollen. Sie dürfte vor allem auf der partizipativen Ebene Erfolg haben (Stichwort „symbolische Politik“), neue inhaltliche Maßstäbe werden dadurch nicht gesetzt. Das wird auch gar nicht gewünscht. Rio+10 ist nur ein kleiner Aspekt der viel umfangreicheren Wahlkampfstrategie der Bundesregierung. Denn wohlgemerkt: Erst geht's auf den Gipfel, dann in die Wahllokale.

Der Autor

Dr. Achim Brunnengräber lehrt Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.
Kontakt: FU Berlin, Ihnstraße 21, 14195 Berlin, E-Mail: priklima@zedat.fu-berlin.de

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.